



# Leitfaden gegen Rechts

Ein Ratgeber für kommunale Aktionen und Initiativen  
gegen Rechtsextremismus



KRIMINALPRÄVENTION **KONKRET**  
*Konzepte und Strategien aus Schleswig-Holstein*

## Impressum

### Herausgeber

Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK)

### Redaktion

Geschäftsführung des Rates für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein  
im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Fon: 0431 988-3155 (Günther Kronbügel), 0431 988-3156 (Björn Goos)

Fax: 0431 988-3104

E-Mail: [RfK-SH@im.landsh.de](mailto:RfK-SH@im.landsh.de)

### Umschlagentwurf und Satz

Eyekey Design | Kiel

[www.eyekey.de](http://www.eyekey.de)

Kiel, Dezember 2013 / überarbeitete 2. Auflage

### Fotos

S. 2., S. 5, S. 10 oben: [recherche-nord](mailto:recherche-nord)

S. 10 unten: [lichtkunst.73@pixelio.de](mailto:lichtkunst.73@pixelio.de)

S. 15, S. 18: [hofschlaeger@pixelio.de](mailto:hofschlaeger@pixelio.de)

# Inhalt

<b>Inhalt</b> .....	<b>1</b>
<b>Vorwort</b> .....	<b>2</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>5</b>
1.1 Was ist Rechtsextremismus? .....	6
1.2 Rechtsextreme Strategien – neue Trends .....	7
1.3 Strafbarkeit von Rechtsextremismus .....	8
<b>2. Was können Kommunen tun?</b> .....	<b>11</b>
2.1 Mit Jugendlichen präventiv arbeiten .....	13
2.2 Migration und Zuwanderung .....	15
2.3 Reflexion der eigenen NS-Geschichte .....	16
2.4 Leitbild einer weltoffenen Gemeinde .....	16
2.5 Allgemeine Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit .....	18
<b>3. Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein</b> .....	<b>20</b>
3.1 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein .....	21
<b>4. Der Rat für Kriminalitätsverhütung (RfK)</b> .....	<b>23</b>
<b>5. Das Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein</b> .....	<b>25</b>
<b>6. Begriffserläuterungen</b> .....	<b>26</b>
<b>7. Weiterführendes Material</b> .....	<b>29</b>
7.1.1 Neonazis in Gemeindevertretungen .....	29
7.1.2 Anmietungsversuche .....	29
7.1.3 Vereine und Sport .....	30
7.1.4 Wortergreifungsstrategie .....	31
7.1.5 Demonstrationen und Aufmärsche .....	31
7.1.6 Auseinandersetzung mit rechten Sprüchen .....	32
7.1.7 Instrumentalisierung gesellschaftspolitisch relevanter Themen .....	32
7.2 Initiativen und Informationsplattformen im Netz .....	33
<b>8. Kontaktstellen in Schleswig-Holstein</b> .....	<b>36</b>
<b>9. Literatur</b> .....	<b>38</b>

# Vorwort

Die rechtsextreme Szene in Deutschland hat ihr Gesicht in den letzten Jahren erheblich verändert. Es sind nicht mehr nur die Glatzköpfe in Springerstiefeln,



die unverhohlenen neonazistische Gedankengut verbreiten. Häufig treten Rechtsextreme unter dem Deckmantel sozialen Engagements auf, engagieren sich in Elternbeiräten, Freiwilligen Feuerwehren und Bürgerinitiativen. Unter dem Vorwand, sich für die berechtigten Interessen Benachteiligter

in unserer Gesellschaft einzusetzen, besetzen sie öffentliche Räume mit eigenen Themen. Diese Strategie fällt vielerorts auf fruchtbaren Boden, denn wie die Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ von Heitmeyer/Küpper (Universität Bielefeld, Februar 2006) belegt, sind die Zustimmungswerte zu rassistischen und rechtsextremen Aussagen in Deutschland nach wie vor weit verbreitet.

Auf der anderen Seite zeigen viele Städte und Gemeinden seit Jahren großes Engagement bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, indem sie

- das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen,
- vernetzte Präventionsarbeit u. a. im Rahmen kriminalpräventiver Gremien leisten und
- anerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und diese Tatsache konstruktiv gestalten.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wollen die Kommunen ihren Anteil an den gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten leisten. Besonders wichtig sind lokale Bündnisse und Initiativen, in denen sich neben Bürgerinnen und Bürgern auch Lokalpolitik und Verwaltung einbringen. Durch ihre lokale Verankerung genießen sie eine hohe Glaubwürdigkeit, regen zum Mitmachen an und bieten einen niedrighschwelligem Zugang, sich gegen Neonazis zu positionieren.

Dieses Engagement wollten wir mit unserer Broschüre „Leitfaden gegen Rechts – ein Ratgeber für Kommunen“, die der Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein im Jahr 2002 erarbeitet hat, unterstützen.

### **Mitglieder der Arbeitsgruppe für die 1. Auflage waren:**

- **Sahabattin Atli** | *Brücke Kiel e. V.*
- **Werner Decker** | *Berufliche Schulen Gaarden*
- **Karsten Egge** | *Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie*
- **Andreas Hering** | *Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, Stadt Neumünster*
- *Dr. Klaus Kellmann, Landeszentrale für politische Bildung*
- **Christa Limmer** | *Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.*
- **Axel Michaelis** | *Streetworker beim Amt für Jugend*
- **Gudrun Steffensen** | *Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.*
- **Michael Treiber** | *Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Schleswig-Holstein e. V., Referat Migration*
- **Claudia Zempel**, *Städteverband Schleswig-Holstein*

Da die 1. Auflage schon alsbald vergriffen war und „Der Leitfaden gegen Rechts“ immer wieder nachgefragt wurde, haben wir uns zu einer zweiten überarbeiteten Auflage entschlossen.

### **An der 2. Auflage haben mitgearbeitet:**

- **Mirjam Gläser** | *Beraterin im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein*
- **Antja Groeneveld** | *Beraterin im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein*
- **Günther Kronbügel** | *Geschäftsführer des Rates für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein*
- **Medi Kuhlemann** | *Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.*
- **Claudia Zempel** | *Städteverband Schleswig-Holstein*

Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen helfen, in konkreten Krisensituationen die richtigen Ansprechpartner und Wegweiser für Lösungen zu finden. Es können hierbei nur Anregungen gegeben werden, die richtigen Maßnahmen müssen sich im Einzelfall an den konkreten sachlichen Vorgaben und rechtlichen Möglichkeiten orientieren. Das Wichtigste ist, dass sich möglichst viele aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenschließen, die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als gemeinsames Ziel definieren und dabei ziel- und lösungsorientiert kooperieren.

” *Oh, Ihr Unglücklichen!*

*Eurem Bruder wird Gewalt angetan, und Ihr kneift die Augen zu!*

*Der Getroffene schreit laut auf, und Ihr schweigt?*

*Der Gewalttätige geht herum und wählt seine Opfer.*

*Und Ihr sagt: Uns verschont er, denn wir zeigen kein Mißfallen.*

*Was ist das für eine Stadt, was seid Ihr für Menschen!*

*Wenn in einer Stadt ein Unrecht geschieht, muss ein Aufruhr sein.*

*Und wo kein Aufruhr ist, da ist es besser, dass die Stadt untergeht.*

*Durch ein Feuer, bevor es Nacht wird.*

Bertolt Brecht, aus: Willy Klawe, Jörg Matzen: Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt: „Das Ende der Gemütlichkeit“, Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e.V., 1993

# 1. Einleitung

Die von der Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ begangene bundesweite Mordserie hat gezeigt, dass Rechtsextremismus in Deutschland nach wie vor eine ernstzunehmende Gefahr für die demokratische Gesellschaft darstellt. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet sind Strukturen



entstanden, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellen. Der Rechtsextremismus beginnt langsam mit seinem Terror die Alltagskultur zu durchdringen und die

Zivilgesellschaft zu bedrohen. So wurde im Januar 2012 im Innenstadtbereich Ratzeburgs gezielt durch Farbschmierereien zur Tötung des Bürgermeisters der Stadt und der Pröbstin des Kirchenkreises Herzogtum Lauenburg aufgerufen. Im März desselben Jahres eskalierte im nordfriesischen Leck eine Demonstration von ca. 40 TeilnehmerInnen gegen einen jugendlichen Sexualstraftäter: Unter maßgeblicher Beteiligung von Neonazis und Funktionären der NPD versuchte der aufgeheizte Mob die Wohnung des 18-Jährigen zu stürmen und lieferte sich Auseinandersetzungen mit der Polizei.

## **Solche Ereignisse werfen Fragen auf:**

- › Auf welchem Nährboden entsteht dieser menschenverachtende Hass?
- › Welche Präventionsmaßnahmen versprechen nachhaltigen Erfolg?

Ansatzpunkte für Prävention und Intervention finden sich in der örtlichen Gemeinschaft, also bei Bürgerinnen und Bürgern. Sie können aktiv werden und sich engagieren. Entscheidend dabei ist, dass sich möglichst viele Beteiligte aus Landespolitik und -verwaltung, Kommunalpolitik und -verwaltung, Vereinen und Verbänden zusammenschließen und die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als gemeinsames Ziel definieren.

Zu einer problem- und lösungsorientierten Herangehensweise gehört, dass rassistische und rechtsextreme Vorkommnisse vor Ort weder dramatisiert noch bagatellisiert oder negiert werden, sondern gemeinsame Konzepte entwickelt und verfolgt werden.

Ziel dieses Leitfadens ist es, möglichst praxisrelevante Informationen, Lösungsansätze und Beispiele für die Umsetzung in den Kommunen zu geben. Wichtig ist dabei, örtlich abgestimmte Lösungen zu entwickeln. Die in diesem Leitfaden enthaltenen Praxisbeispiele und Hinweise auf Datenbanken, Informationsquellen und Literatur sind als Unterstützung für eigenes Engagement gedacht.

## 1.1 Was ist Rechtsextremismus?

### **Ideologie der Ungleichheit:**

- Mit Abwertung verbundene Wahrnehmung von Ungleichheit zwischen Menschen, welche sich in nationalistischer Selbstübersteigerung, rassistischen Kategorisierungen, sozialdarwinistischen Einstellungen, totalitärem Normverständnis, Betonung von Homogenität und kultureller Differenz etc. zeigt.
- Ausgrenzungsforderungen, d.h. Forderungen nach sozialer, ökonomischer, kultureller, rechtlicher und politischer Ungleichbehandlung von Personen, die als „fremd“ oder „anders“ wahrgenommen werden<sup>1</sup>.

### **Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform**

Gewalt, z.B. gegenüber ethnischen Minderheiten, ist als wesentlicher Bestandteil eines rechtsextremen Orientierungsmusters zu verstehen, das auch bei nicht gewalttätigen Menschen verbreitet ist (s. a. Heitmeyer u. a.). Gewalt ist demnach nicht erst in ihrer konkreten Ausführung zu betrachten.

Ein rechtsextremes Orientierungsmuster wird definiert als Kombination einer Ideologie der Ungleichheit mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform. Dabei enthält die Ideologie der Ungleichheit die zwei oben bereits genannten zentralen Dimensionen. Rechtsextreme sind erfüllt von der Vision eines starken, patriarchalen Staates mit einer angeblich „natürlichen“, aber hierarchischen Ordnung, dem alle individuellen Wünsche, Interessen und Rechte zum Wohle der „Volksgemeinschaft“ unterzuordnen sind. Damit geht eine Überbetonung militärischer Normen und Verhaltensweisen einher, eine Verherrlichung autoritärer Prinzipien, wie Zucht und Ordnung, Befehl und Gehorsam. Oberstes Ordnungsprinzip ist ein völkisch fundierter, oft aggressiver, ethnozentristischer Nationalismus, der gegen Frieden und Völkerverständigung gerichtet ist. Ihm sind alle weiteren Werte und Ziele untergeordnet.

Aus diesem Nationalismus resultiert eine antihumanistische Fremdenfeindlichkeit. Grundlage ist ein Menschenbild, das nur Freund oder Feind kennt. Gepeist wird diese Fremdenfeindlichkeit durch einen allgemeinen und rigorosen Rassismus mit seiner antisemitischen Variante, der sich von Aversionen bis hin zu Gewalttaten äußern kann.

## 1.2 Rechtsextreme Strategien – neue Trends

Die rechtsextreme Szene in Deutschland marschiert längst nicht mehr provozierend mit Springerstiefeln durch unsere Städte; wesentlich subtilere Formen der Werbung für rechtsextremistisches Gedankengut und die Etablierung „rechter“ Subkulturen haben Raum gegriffen. Häufig treten Rechtsextreme unter dem Deckmantel sozialen Engagements auf, indem sie Schularbeitenhilfen organisieren, Spielplätze säubern, kostenlose Rechtsberatung für Hartz IV-Empfänger anbieten, sich in Elternbeiräten, Freiwilligen Feuerwehren und Bürgerinitiativen engagieren. Unter dem Vorwand, sich für die berechtigten Interessen Benachteiligter in unserer Gesellschaft einzusetzen, besetzen sie öffentliche Räume mit eigenen Themen. Dabei werden insbesondere Jugendliche gezielt angesprochen. Die Rekrutierung neuer „Kameradinnen und Kameraden“ findet verstärkt in der Umgebung von Schulen statt, auf Straßen- und Stadtteilfesten, dies häufig ohne eine schnell erkennbare rechtsextreme Ausrichtung. Es sind Mitschüler, eigene Freunde oder die Freunde älterer Geschwister, die Neugierde wecken und erste Kontakte herstellen.

Gemeinsame Ausflüge, Grillabende und so genannte Kameradschaftsabende dienen neben dem reinen Freizeitvergnügen dem Erzeugen eines Gemeinschaftsgefühls, das Solidarität, Anerkennung und Selbstvertrauen vermitteln soll. Das politische Gedankengut wird zum Teil durch die Hintertür geliefert, über Musik, interne Diskussionen, (Schüler-)Zeitungen sowie über das Internet. Insbesondere die NPD nutzt offensiv die neuen Medien, um junge Menschen anzusprechen. Neben den kostenlosen Verteilaktionen von CDs an Schülerinnen und Schüler nimmt die Bereitstellung von Webangeboten eine herausragende Rolle ein. Sie bieten einschlägige Musik-Downloads, Möglichkeiten der Kommunikation sowie Beiträge zu Themen an, die Jugendliche bewegen. Die verbreiteten Thesen setzen am Protest- und Aktionspotenzial von Jugendlichen an und sind häufig eingebettet in rassistische oder antisemitische Ideologien.

So hat sich eine eigene rechte Jugendkultur entwickelt mit Musikveranstaltungen, bestimmten Modemarken aber auch Elementen aus Punk, Gothic und Kennzeichen der Autonomen Szene. Dabei erfahren auch linke Themen eine rechtsextreme Wendung: Umwelt- und Tierschutz sowie Kapitalismuskritik haben ein völkisch-nationales Pendant. Bei der Betrachtung rechtsextremer Affinitäten von Bevölkerungsgruppen darf das Augenmerk jedoch nicht allein auf die Gruppe der Jugendlichen gelegt werden. Wie die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ von Heitmeyer/ Küpper von der Universität Bielefeld aus den Jahren

2002 bis 2011 belegt, existiert auch in der gesamten Bevölkerung die vergleichsweise größere Bereitschaft, offen Vorurteile zu äußern und Gewalt zu billigen. Vor diesem Hintergrund müssen die rechtspopulistischen und rassistischen Einstellungen junger Menschen betrachtet werden.

### 1.3 Strafbarkeit von Rechtsextremismus

#### Rechtslage

Nach deutschem Recht sind Minderjährige erst ab 14 Jahren strafmündig (§ 19 StGB) und können erst ab diesem Alter strafrechtlich verfolgt werden. Dennoch bleiben auch (Straf-) Taten von Kindern in der Regel nicht folgenlos. Erfahren Polizei oder Staatsanwaltschaft von Straftaten von Kindern, erfolgt regelmäßig die Prüfung, ob eine strafrechtlich relevante Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht (§ 171 StGB) vorliegt sowie eine Weiterleitung der Erkenntnisse an den zuständigen Jugendhilfeträger.

#### Den Großteil der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund bilden

- **die nach § 86 I Nr. 4 StGB strafbewehrte Verbreitung von Propagandamitteln** wie zum Beispiel Schriften, Bild- oder Tonträger, die sich gegen die Konstitutionsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland wenden (darunter fällt mangels der inhaltlichen Ausrichtung gegen die Bundesrepublik Deutschland nicht die Verbreitung vorkonstitutioneller oder unverändert nachgedruckter Ausgaben von „Mein Kampf“; hier ist § 130 II StGB einschlägig);
- **das nach § 86a StGB strafbewehrte Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen**; hierzu zählen sowohl verkörperte Symbole wie beispielsweise das Hakenkreuz und solche, die diesen zum Verwechseln ähnlich sind, als auch nichtkörperliche Symbole wie zum Beispiel das „Horst-Wessel-Lied“ oder der „Hitlergruß“ in der Öffentlichkeit.
- **die Volksverhetzung nach § 130 StGB**; durch diese Strafvorschrift sollen Bevölkerungsgruppen davor geschützt werden, durch Agitation verleumdet, in ihrer Menschenwürde angegriffen oder Objekt von Hassgefühlen und Aggression zu werden. Häufigste Anwendungsfälle des § 130 StGB sind die Ahndung ausländerfeindlicher Diffamierungen, das Leugnen des Holocausts („Auschwitzlüge“) sowie die Verbreitung des Buches „Mein Kampf“.

Die in den §§ 86, 86a und 130 StGB bezeichneten Sachverhalte unterliegen nicht der Strafbarkeit, wenn das Propagandamittel oder die Handlung z. B. Zwecken der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens, der Kunst,

Wissenschaft, Forschung oder Lehre dient (Sozialadäquanzklausel gem. §§ 86 III, 86a III, 130 VI StGB).

Rechtsextreme **Gewaltkriminalität** ist in die allgemeine Gewaltkriminalität eingebettet und von der gemeinen Kriminalität juristisch nicht unterscheidbar. Einschlägig sind hier insbesondere die Körperverletzungsdelikte gemäß §§ 223, 224 und 226 StGB. Allerdings werden der politisch motivierten Kriminalität – rechts (PMK – rechts) Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Bei der Frage, ob eine rechtsextreme Gesinnung ein Strafzumessungskriterium sein sollte, wird überwiegend die Auffassung vertreten, dass eine Berücksichtigung rechter Gesinnungen bereits durch den § 46 Abs. 2 StGB (Grundsätze der Strafzumessung) gewährleistet ist. Darüber hinaus spricht insbesondere dagegen, dass rechtsextreme Gewalttaten oft durch Jugendliche begangen werden, bei denen eine Bestrafung aus präventiven Aspekten dem Erziehungsgedanken des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) zuwiderliefe.

### **Straftatenentwicklung**

Die Entwicklung der Fallzahlen rechtsextremer Straftaten in Schleswig-Holstein verlief seit 2001 sehr uneinheitlich. Die Gesamtzahl der Straftaten reduzierte sich von 627 im Jahr 2001 mit zunächst deutlich rückläufiger Tendenz auf 308 in 2004, um dann mit 768 Fällen im Jahr 2009 einen bisherigen Höchststand zu markieren. Seit 2010 sind sowohl die Gesamtzahl der polizeilich registrierten Straftaten wie auch die Anzahl der Gewalttaten deutlich rückläufig. Bei den registrierten Straftaten handelt es sich größtenteils um Propagandadelikte. Der Entwicklungsverlauf der registrierten Gewalttaten (ganz überwiegend Körperverletzungen) bewegt sich im Vergleich zu der Gesamtstraftatenentwicklung mit ca. 50 Taten pro Jahr auf relativ niedrigem Niveau. Der bisherige Höchststand war mit 73 Gewalttaten 2001 zu verzeichnen, der niedrigste Stand mit 23 Taten im Jahr 2012<sup>2</sup>.



**RATHAUS**

## 2. Was können Kommunen tun?

Die Herausbildung rechtsextremer und rassistischer Ansichten und organisierter Strukturen geschieht auch auf lokaler Ebene nicht zufällig.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen und Alltagserfahrungen haben bestätigt, dass ein Zusammenhang zum politischen, sozialen und geistigen Klima in einer Kommune besteht. Vor diesem Hintergrund muss es einen spezifisch kommunalen Beitrag gegen Rechtsextremismus und Rassismus geben, ohne zu verkennen, dass es sich um ein Gesellschaftsproblem handelt, dessen Zurückdrängung gesamtgesellschaftliche Anstrengungen verlangt.

Präventive Kommunalpolitik heißt, rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen bereits in den Ansätzen entgegenzutreten, ihnen gegenüber keine Zugeständnisse zu gewähren und eine Gewöhnung an sie als eine „normale“ politische Meinungsäußerung nicht zu dulden. Deshalb darf auch nicht zugelassen werden, dass rechtsextreme Geschehnisse in der Kommune aus Furcht vor einem möglichen Imageverlust verharmlost, verdrängt oder verheimlicht werden. Rechtsextremismus und Rassismus kann auf kommunaler Ebene umso wirksamer begegnet werden, je mehr es gelingt, verschiedene Akteure zusammenzubringen und breite lokale Bündnisse zu erreichen.

Ziel muss es sein, in der Kommune ein öffentliches Klima gegen Rechtsextremismus zu erzeugen. Dann haben auch solche neonazistischen Aktionen eine geringe Chance, die – wie es zynisch im Nazijargon heißt – auf die Schaffung „national befreiter Zonen“ zielen und eine rechtsextreme Alltagskultur etablieren wollen.

Präventive Kommunalpolitik lässt sich nicht auf ein „Anti“ reduzieren, sondern schließt ein „Pro“ ein: in der eigenen Kommune gegen provinzielle Engstirnigkeit aufzutreten und für Weltoffenheit und multikulturelle Identitäten zu werben, für eine lokale politische Kultur der Menschenwürde, der Solidarität, der Toleranz und des Respekts vor den Menschenrechten zu wirken. Kommunalpolitik muss deshalb präventiv ansetzen und durch gestaltende Politik in das kommunale Leben eingreifen, z. B. über die kommunale Kulturpolitik, über die Jugendarbeit, durch kommunale Präventionsgremien u. a. m., um auf diese Weise die lokale politische Kultur zu beeinflussen.

## Vermeidbare Fehler

Viele Kommunen sind bemüht, rechtsextremistischen Haltungen zu begegnen. Dabei kommt es jedoch häufiger zu vermeidbaren Fehlern.

### Einige Beispiele aus der Praxis:

#### Bagatellisierung

- Erwachsene bezeichnen das Auftreten der sogenannten örtlichen Aktions-Gruppe als pubertäres Gehabe von dummen Jungs: „Das wächst sich schon aus“.

#### Dramatisierung

- Der betrunkene 14-Jährige, der in der örtlichen Presse als „Rechtsextremer Gewalttäter“ bezeichnet wird, nachdem er mit „Heil-Hitler“-Rufen Aufmerksamkeit erregte.

#### Polarisierung

- Statt gemeinsam vor Ort die aktiven demokratischen Kräfte zu bündeln, nehmen einzelne Gruppen für sich in Anspruch, den Königsweg zur Bekämpfung von Rechtsextremismus gefunden zu haben und grenzen andere aus.

#### Konzeptlosigkeit

- Wilder Aktionismus ohne Einbeziehung und Abstimmung zwischen möglichen Akteuren, z. B. schlecht vorbereitete Podiumsdiskussionen, die rechten Funktionären eine Plattform bieten. Aktionen mit „Event-Charakter“, die keine nachhaltige Wirkung entwickeln.

#### Verschweigen

- Die Bürgermeisterin, die heimlich im Buswartehäuschen die Hakenkreuze übermalt, damit ihr Dorf nicht in Verruf gerät.
- Der Schulleiter, der behauptet, an seiner Schule gebe es keine Probleme mit Rechtsextremismus, obwohl bekannter Maßen rechts orientierte Jugendliche mit entsprechendem Outfit Schüler seiner Schule sind.

#### Sankt-Florians-Prinzip

- Statt einer Auseinandersetzung mit rechten Haltungen vor Ort wird versucht, das Problem woanders hin abzuschieben, z. B. „Nazis raus“-Kampagnen (wohin denn?).

## Es gibt keine Patentrezepte

Angesichts der beschriebenen Fallstricke ist es sicherlich oft schwierig, die richtige und effektive Balance zwischen den einzelnen Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Entsprechend ist eine gründliche Analyse der Situation vor Ort notwendig, um daraus gemeinsam ein Konzept zu entwickeln.

### Merkpunkte, um Lösungsansätze zu entwickeln:

- › Unaufgeregte Faktensammlung und Analyse statt Spekulation
- › Keine Rezepte, sondern ein Konzept
- › Strukturelle Überlegungen statt Aktionismus
- › Probleme benennen und nicht verschweigen
- › Partner suchen, breite Bündnisse herstellen
- › Langer Atem, kleine Schritte
- › Ausgrenzung und Polarisierung vermeiden
- › „Wir sind zuständig und verantwortlich“ statt St. Florians-Prinzip
- › Gefühlsebene einbeziehen – Aufklärung reicht nicht, Ängste ernst nehmen
- › Ziele bestimmen gegen bestimmte Positionen und – besonders wichtig – für bestimmte Positionen

## 2.1 Mit Jugendlichen präventiv arbeiten

Rechtsextreme Einstellungen sind kein ausschließliches Jugendproblem, sondern werden von Erwachsenen an sie vermittelt. Jugendliche sind jedoch aus verschiedenen Gründen besonders gefährdet, in rechtsextreme Szenen hinein zu geraten. Während der Pubertät besteht eine starke Tendenz, sich in Cliquen zu organisieren. Hier bieten sich auch rechte Kameradschaften und sogenannte Aktionsgruppen als emotionale Bezugsgruppen an. Gruppenrituale wie Alkoholkonsum, die Demonstration von Macht und Aggression wirken auf viele meist männliche Jugendliche anziehend, da sie ein klares und eindeutiges Männerbild vermitteln. Rechtsextreme und rassistische Einstellungen und ein entsprechendes äußeres Erscheinungsbild wie verbotene Symbole können Jugendlichen – auch Mädchen – zur Ablösung vom Elternhaus dienen und eignen sich als Provokation der Erwachsenenwelt. Der rechtsextremen Musikszene ist es mittlerweile gelungen, sich als ein Teil der Jugendkultur zu etablieren. Jugendarbeit muss sich mit diesen Themen auseinandersetzen.

Dazu gehört zunächst die Stärkung demokratischen Bewusstseins bei allen Jugendlichen im Sinne einer Primärprävention. Das heißt aber auch: Präventive Kommunalpolitik kann dem konkreten Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen nicht ausweichen.

Notwendig ist ein komplexes Herangehen, das von der ökonomisch-sozialen Lage dieser Jugendlichen ausgeht, die geistig-politische Auseinandersetzung mit ihnen führt und auch die sozialpädagogische Arbeit mit den Jugendlichen einschließt.

**Ziel muss es sein, die Jugendlichen aus rechtsextremen und rassistischen Denk- und Verhaltensmustern herauszuholen.**

Auf kommunaler Ebene gab es dazu Versuche der „akzeptierenden“ Sozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bei diesem sozialpädagogischen Konzept wurde versucht, die Jugendlichen als Menschen mit ihren Problemen, die sie haben, zunächst so zu akzeptieren und zu verstehen, aber gleichzeitig im Dialog mit ihnen eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer rechtsextremen Haltung zu führen. Wenn diese Auseinandersetzung nicht konsequent geführt wird und die SozialarbeiterInnen dieser Aufgabe politisch nicht gewachsen sind, besteht aber die Gefahr, dass sich unter dem Dach „akzeptierender“ Jugendarbeit rechtsextreme Cliquen und Strukturen kultivieren.

Deswegen ist es besonders notwendig, Jugendsozialarbeiter in diesem Arbeitsbereich nicht isoliert agieren zu lassen (Einzelkämpfer), sondern mit anderen zu vernetzen, den fachlichen Austausch auf Landesebene zu fördern und die Teilnahme an bundesweiten Fachtagungen zu ermöglichen.

Wichtig ist auch zu erkennen, dass Jugendsozialarbeit die anstehenden Probleme nicht allein zu lösen vermag und nur Bestandteil eines Gesamtkonzepts sein kann!

#### **Mögliche kommunale Ansätze sind:**

- Alternative jugendkulturelle Ansätze vor Ort fördern.
- direkte Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen verstärken und entsprechende Projekte gemäß § 47 f GO fördern.
- Kooperation von Schule und Jugendhilfe verstärken.
- Jugendbegegnungen ermöglichen.
- Unterstützungskonzepte bei Problemlagen von Jugendlichen entwickeln.

Anstatt Jugendliche auszugrenzen, sollte das Gespräch mit ihnen gesucht werden, um sich ernsthaft mit ihren politischen Ansichten auseinanderzusetzen.

## 2.2 Migration und Zuwanderung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Nach über 50 Jahren wird diesem Tatbestand endlich offiziell Rechnung getragen. In jeder Stadt und Gemeinde leben und arbeiten heute viele Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Dieser Tatsache muss auch in den Köpfen der Menschen eine positive Einstellung folgen, die das Zusammenleben von verschiedenen Menschen und Identitäten zur Selbstverständlichkeit werden lässt. Hier sind besonders Meinungsträger in Städten und Gemeinden gefordert. Wichtig ist hierbei, demokratische statt ideologische Bündnisse vor Ort zu schließen.



KommunalpolitikerInnen können sich parteienübergreifend auf migrationspolitische Leitlinien verständigen und selbstverständlich Zuwanderer in alle kommunalen Angelegenheiten einbeziehen. Sportvereine, Gewerkschaften, Feuerwehren, Vereine, Kirchen, Landfrauen, Jugendverbände usw. können

ihren Beitrag zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und zur Ausgestaltung einer positiven kulturellen Vielfalt im Zusammenleben innerhalb der Kommune leisten. Dadurch können Vorurteile überprüft und berichtigt werden. Rechtsextremen und rassistischen Einstellungen kann so der Nährboden entzogen werden.

### Vorschläge für die interkulturelle Arbeit vor Ort sind z. B.:

- › Schutz und Hilfe für Opfer rassistischer Angriffe.
- › Interkulturelle Öffnung von Kommunen und Vereinen vorantreiben.
- › Einstellung von Migrantinnen und Migranten in die kommunalen Dienste.
- › Mitgliederwerbung bei MigrantInnen für Vereine.
- › Patenschaften für Flüchtlinge.
- › Förderung internationaler Jugendbegegnungen, z. B. Schüler- und Jugendaustausch.
- › Entwicklung von interkulturellen Konzeptionen in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendtreffs.
- › Aktive Förderung von Nachbarschaftlichkeit.

## 2.3 Reflexion der eigenen NS-Geschichte

Zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gehört auch der ungeschönte Blick auf die Geschichte der eigenen Kommune, um Verdrängung oder Verfälschungen, wie sie in rechtsextremen Argumentationen gängig sind, entgegenzuwirken. Gerade Jugendlichen können so die Gefahren und Folgen des Nationalsozialismus mit dem konkreten Ortsbezug näher gebracht werden.

### **Ansatzpunkte dafür können sein:**

- Reflexion der eigenen kommunalen nationalsozialistischen Vergangenheit und deren öffentliche Darstellung, z. B. in welchen Betrieben haben wie viele Zwangsarbeiter arbeiten müssen? Wo gab es Lager?
- Auseinandersetzung und Dokumentation der Heimatgeschichte, z. B. unser Dorf, unsere Stadt und seine Flüchtlings- und Migrationsgeschichte wie z. B. Auswanderung nach Amerika.
- Einrichtung lokaler Erkundungs-, Informations- und Dokumentationsprojekte, die z. B. rechtsextreme Übergriffe, die Situation von Asylbewerbern u. a. m. dokumentieren sowie Informationen und Erfahrungen weitergeben.
- Erhalt und Ausbau von Gedenkstätten und Denkmälern zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes; Benennung von Straßen und Plätzen nach Widerstandskämpfern sowie die Verleihung von Ehrenbürgerrechten; Einbeziehung antifaschistischer Aspekte bei Stadtrundgängen, in Fremdenverkehrsarbeit und Tourismus.
- Finanzielle, materielle und politische Unterstützung von Gruppen und Initiativen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus und Rassismus kritisch auseinandersetzen.
- Öffentliche Aktionen vor Ort zum Entfernen von neonazistischen Schmierereien und Aufklebern in den Kommunen.

## 2.4 Leitbild einer weltoffenen Gemeinde

Vor allem gilt, dass eine Kommune nicht erst nach konkreten Vorkommnissen durch eigene Veranstaltungen und Projekte gegen Rechtsextremismus Stellung beziehen muss - denn Demokratie und Menschenrechte sind ein Wert an sich und somit eine Herausforderung, die es beständig aktiv zu gestalten und mit Leben zu füllen gilt.

Der beispielhafte Entwurf eines kommunalen Leitbildes orientiert sich an dem Projekt „Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage“, das 1988 in Belgien entwickelt wurde und dem sich Deutschland 1995 angeschlossen hat. 2013 setzen sich rund 1.360 Schulen für einen Klimawechsel an ihrer Schule und für ein demokratisches Miteinander ein. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist das größte Schulnetzwerk in Deutschland.

In Schleswig-Holstein gibt es zurzeit 33 Schulen mit dem Label Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage. Kernstück des Projektes ist eine Selbstverpflichtung aller Schulseitigen, sich gegen Diskriminierung und Rassismus und für ein offenes und konstruktives Miteinander zu engagieren.

Die Grundidee einer Selbstverpflichtung zu kultureller Vielfalt und Weltoffenheit ist auf die kommunale Ebene übertragbar. Sie kann Einstieg in eine Diskussion über Ziele und Leitlinien kommunalen Handelns sein:

## Entwurf eines kommunalen Leitbildes

„Alle Menschen sind gleichwertig und sollen gleiche Entwicklungschancen haben. Diskriminierung von Menschen wegen ihres Glaubens, Geschlechts, der sexuellen Orientierung, Hautfarbe, Herkunft, Behinderung oder Nationalität, lehnen wir ab. Rassismus legitimiert Gewalt und stiftet Hass und Feindschaft zwischen Menschen. Die Achtung der Menschenwürde beginnt damit, die Kulturen anderer Menschen ebenso wie die eigene Kultur zu erkennen, zu achten und zu respektieren.“

- **Wir verpflichten uns, alle Formen und Äußerungen diskriminierender Art zu vermeiden und zu verhindern.**
- **Unsere Gemeinde soll, ihrem demokratischen Auftrag entsprechend, aktiv allen rassistischen Bemerkungen, Aussagen, Argumenten, Vorurteilen und Handlungen entgegenreten.**
- **Unsere Gemeinde wird Initiativen gegen Rassismus und zur Verständigung aller Menschen und Kulturen ergreifen<sup>3</sup>.**

---

*Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Herkunft, seiner Sprache, seiner Heimat, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden (Art. 3 Grundgesetz).*

3) <http://www.schule-ohne-rassismus.org/stadt-ohne-rassismus.html>

## 2.5 Allgemeine Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit

Städtische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erhält in den Medien und der örtlichen Tagespresse einen verhältnismäßig hohen Aufmerksamkeitsfaktor. Kommunen sind schon aus verfassungsrechtlichen Gründen zur Öffentlichkeitsarbeit verpflichtet. Ihre Arbeit steht dabei häufig in Konkurrenz zu den verschiedenen Interessen anderer Gruppen der örtlichen Gemeinschaft. Seit Einführung der Direktwahl der hauptamtlichen BürgermeisterInnen in Schleswig-Holstein 1997 stehen auch die Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Gemeinden unter einem verstärkten Druck, ihre Arbeit und (Miss-)Erfolge der Öffentlichkeit zu erklären. Je umfangreicher, komplexer und weitreichender die von Politik und Verwaltung zu lösenden Probleme und Aufgaben sind, desto höher ist der Bedarf an Information, Vermittlung und Verständigung. Dies führt allerdings bisweilen dazu, dass die BürgermeisterInnen als Verantwortliche ihrer Verwaltung in einen „Demokratie-Stress“ geraten, der sie manchmal sogar „öffentlichkeitsscheu“ werden lässt. Im Umgang mit der Presse kann aber auch manches schief gehen, weil mitunter völlig unterschiedliche Vorstellungen und Welten aufeinanderprallen.

Rechtsextremismus und Rassismus sind in der Regel nicht nur ein Problem einer einzelnen Kommune, sondern zugleich ein gesamtgesellschaftliches Problem. Gleichwohl sind vor allem die BürgermeisterInnen der Städte und Gemeinden und ihre MitarbeiterInnen die Ansprechpartner der MedienvertreterInnen wenn es darum geht, zu diesem Thema örtliche Problemlagen zu erklären und Lösungen zu präsentieren. In den vergangenen Jahren sind nicht zuletzt beispielsweise in Lübeck, Mölln, Leck oder Neumünster entsprechende Erfahrungen gemacht worden. Ein „Abtauchen“ der Verwaltungen in Schweigen und Nichtstun ist in der Regel dann nicht möglich und wäre auch das falsche Signal.



Dies bedeutet aber, dass in diesem Bereich kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit offensiv und mit dem Willen zu konstruktiver Zusammenarbeit mit der Presse gestaltet werden muss. Leitgedanke sollte dabei sein: Jeder braucht den anderen. Die Presse braucht interessante, prägnante und aussagefähige

Informationen, um sie verkaufen zu können; die Verwaltung / die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister braucht eine gute Presse, um für ihre / seine Stadt zu werben und ein gutes und sicheres Klima für BürgerInnen und Wirtschaft in der Gemeinde zu schaffen.

Dabei sollte vermieden werden, die häufig zwischen Verwaltung und Medien bestehenden Interessenkonflikte gerade beim Thema Rechtsextremismus und örtliche Gewalt zu suchen oder zu betonen. Vielmehr sollte der gemeinsame demokratische Wille im Vordergrund stehen, um durch ein abgestimmtes Vorgehen – unter Umständen sogar auf der Grundlage von „Vereinbarungen“ – rechtsextremen Tendenzen den Nährboden für Des- und Fehlinformation zu entziehen. Durch Offenheit und das Betonen des Miteinanders können sogar neue Wege zur Bewältigung des Problems vor Ort gefunden werden.

### 3. Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein



Im Jahr 2009 startete das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Schleswig-Holstein.

Zu Beginn wurde eine Landeskoordinierungsstelle beim Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK) eingerichtet und zwei ErstberaterInnen über den freien Träger Aktion Kinder

und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) eingestellt. Begleitend dazu wurde das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Schleswig-Holstein aufgebaut. Derzeit wird es hauptsächlich über die Mittel des Folgeprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ finanziert.

Neben der Landeskoordinatorin beim Landesrat für Kriminalitätsverhütung gehören dem Beratungsnetzwerk Schleswig-Holstein Mitglieder unterschiedlicher staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen an. Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks bringen ihr Fachwissen ein, sind aber auch Kontaktpersonen zu ihren jeweiligen Institutionen oder Bereichen. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus in diesem Netzwerk soll dazu beitragen, dass in den beteiligten Ministerien und Behörden sowie in den nichtstaatlichen Institutionen, wie Vereinen, Verbänden, Stiftungen und Gewerkschaften für Phänomene, wie Alltagsrassismus und andere Erscheinungsformen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Sensibilität erzeugt wird und nachhaltige Gegenstrategien umgesetzt werden. Das Beratungsnetzwerk umfasst darüber hinaus ExpertInnen, die im Bedarfsfall gemeinsam mit den ErstberaterInnen ein mobiles Interventionsteam zu Unterstützung vor Ort bilden können. Für funktionierende Kommunikation, Steuerung und Vernetzung innerhalb des Beratungsnetzwerks sorgt die Landeskoordinierungsstelle.

### 3.1 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein

Die seit dem Jahr 2009 bei der AWO Landesverbandes Schleswig-Holstein e.V. und der Aktion Kinder und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) angestellten BeraterInnen leisten eine anlassbezogene, kostenlose, professionelle, vertrauliche und anonyme Beratung zur Lösung von Problemlagen vor Ort sowie ggf. Hilfe bei der Suche nach weiteren ExpertInnen. Sie bieten Unterstützung bei der Entwicklung von Lösungskonzepten, durch die künftige Problemlagen bewältigt werden können. Des Weiteren sensibilisieren sie die Öffentlichkeit und qualifizieren Multiplikatoren zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Zielgruppen der Beratung sind Eltern, PädagogInnen und andere Fachkräfte, Institutionen, insbesondere Kommunen und Bündnisse, sowie Opfer rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt.

Oberstes Ziel der Beratung ist es, die Ratsuchenden in die Lage zu versetzen, rechtsextreme Bedrohungen zu erkennen, einzuschätzen und Probleme eigenständig zu lösen. Hierbei werden die Ratsuchenden und Auftraggeber als die ExpertInnen vor Ort unterstützt.

Eine Intention der Beratung ist es auch, zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort zu fördern. Diesem Ziel dient unter anderem die Kommunalberatung.

#### **Kommunalberatung**

Im Rahmen der Kommunalberatung sollen maßgeschneiderte Strategien für den Umgang mit rechtsextremen und rassistischen Tendenzen vor Ort entwickelt werden. Zentraler Ausgangspunkt dabei ist eine lokale Problem- und Ressourcenanalyse. Daraus kann resultieren

- › ein Abgleich der unterschiedlichen Wahrnehmungen der Beteiligten in einer Kommune,
- › die Anregung einer Diskussion über rechtsextreme und rassistische Phänomene im Gemeinwesen,
- › die Formulierung von realistischen Handlungsoptionen für die Engagierten vor Ort, die beraten und begleitet werden,
- › ein besserer Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf.

### **Das Beratungsteam bietet konkret:**

- Unterstützung und Beratung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Kommunalpräventiven Räten in einer Stadt oder Gemeinde.
- Informationen über Aufbau, Struktur und neue Erscheinungsformen des Rechtsextremismus bundesweit und speziell in Schleswig-Holstein.
- Unterstützung bei der Vernetzung von kommunalen Institutionen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen.

### **Kommunalberatung am Beispiel der Stadt Neumünster**

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2013 veranstaltete die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ein „Austauschtreffen der von NPD- Kandidaturen betroffenen Städte und Kreise“ in Neumünster. Diese Veranstaltung, an der zahlreiche KommunalpolitikerInnen teilnahmen, war der Auftakt zu einer kontinuierlichen Beratung und Information zum Umgang mit der NPD in der Ratsversammlung/Gemeindevertretung. Eingeladen war ein Vertreter aus Rostock, der anhand langjähriger Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern über konkrete Formen des Umgangs mit dem Verhalten rechtsextremer Kandidatinnen und deren Argumentationsmustern in Ratssitzungen und Ausschüssen informierte.

Die Veranstaltungsreihe: „Vernetzungstreffen der Bündnisse gegen Rechtsextremismus“ mit VertreterInnen von Bündnissen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus aus verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins zielte auf den konstruktiven Austausch von praktikablen Methoden im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen vor Ort. Insbesondere zwei Städte und ein Kreis in Schleswig-Holstein entwickelten z.B. parteiübergreifende Resolutionen im Vorfeld der Kommunalwahl, und setzten damit klare gemeinsame Zeichen gegen Rechtsextremismus:

**Kieler Konsens: Die Welt ist bunt und vielfältig – Kiel auch**

**Neumünster: Kein Ort für Neonazis**

**Kreis Herzogtum Lauenburg: Kein Mandat**

## 4. Der Rat für Kriminalitätsverhütung (RfK)

Mit Einrichtung des bundesweit ersten kriminalpräventiven Rates in Schleswig-Holstein im Oktober 1990 hat ein Paradigmenwechsel in der kriminalpräventiven Arbeit stattgefunden. Kriminalität wird nicht mehr nur als individuelles Fehlverhalten gesehen, sondern auch in ihren gesellschaftlichen Entstehungs- und Bedingungsbeziehungen betrachtet. Im Vordergrund dieser Präventionsstrategie steht nicht mehr das Einwirken auf die Symptome festgestellter Normabweichungen, sondern die Orientierung an den tiefer liegenden Ursachen für das Entstehen von Kriminalität sowie an den gesamtgesellschaftlichen Strukturen, die diese ursachenorientierte Prävention realisieren können. Wegen des signifikanten Lokalbezuges der meisten für Kriminalität ursächlichen Faktoren initiiert und fördert der Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (RfK) die Gründung kommunaler Präventionsräte als Netzwerke der Kommunikation und der Kooperation zwischen der Polizei, der Kommunalpolitik und -verwaltung, den sozialen Diensten, freien Trägern und anderen Akteuren. In diesen kommunalen Präventionsräten steht die Koordination und Vernetzung bereits vorhandener Initiativen und Projekte mit dem Ziel der Entwicklung einer umfassenden Gesamtkonzeption und -strategie im Vordergrund.

Mit dieser Zielsetzung unterstützt der Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein die Kommunen auch in ihrem Engagement gegen den Rechtsextremismus, indem er finanzielle Unterstützung für die Durchführung entsprechender Maßnahmen und Projekte mit Inhalten rechtsextremistischer (Gewalt-)Prävention leistet.

Zur Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus führt der Rat für Kriminalitätsverhütung darüber hinaus länderübergreifende Fachtagungen durch und veröffentlicht Präventionskonzepte, u. a. „Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter“, „Rechtsextremismus (ohne) mein Kind“ sowie die Unterrichtshilfe für Pädagoginnen und Pädagogen „Rechte Sprüche in der Klasse“.

Seit 2009 beteiligt sich das Land Schleswig-Holstein am Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, das 2011 in das Folgeprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ überführt wurde. Für die organisatorische und inhaltliche Umsetzung des Programms wurde beim Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein eine Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus eingerichtet.

Seit Mitte 2013 ist der Rat für Kriminalitätsverhütung zudem mit der Umsetzung des Landesprogramms zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung beauftragt. Mit dem Programm sollen die demokratische Zivilgesellschaft, Demokratie- und Toleranzerziehung, soziale Integration, interkulturelles und interreligiöses Lernen, antirassistische Bildungsarbeit, kulturelle und geschichtliche Identität sowie die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen gestärkt werden. Damit ergänzt das Landesprogramm die Maßnahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ der Bundesregierung, insbesondere in den Bereichen Prävention, Fortbildung und Demokratiepädagogik zur Stärkung demokratischen Handelns im Alltag („Alltagsdemokratie“).



---

**RfK** RAT FÜR  
KRIMINALITÄTSVERHÜTUNG  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

## 5. Das Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein

Die Mobile Beratung des Bundesprogramms wird seit Oktober 2013 durch ein Landesprogramm unterstützt und thematisch erweitert. Drei weitere beim AWO-Landesverband Schleswig-Holstein e.V. angesiedelte Beratungsstellen mit jeweils zwei Beschäftigten an den Standorten Itzehoe, Lübeck und Flensburg ergänzen die Arbeit der BeraterInnen des Bundesprogramms für jeweils eine Region in Schleswig-Holstein.

Hierfür stehen erstmals Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung.

*„Wir wollen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche so früh wie möglich für eine demokratische, solidarische und soziale Gesellschaft der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung begeistert werden“*, sagte Innenminister Andreas Breitner auf der Veranstaltung „Aktiv gegen Rechtsextremismus – Schleswig-Holstein startet durch“ im Januar 2013 in Kiel.

Das Landesprogramm soll die demokratische Zivilgesellschaft stärken und die Erziehung zu Demokratie und Toleranz fördern. Die BeraterInnen haben beispielsweise die Aufgabe in Kindertagesstätten, an Schulen und in Jugendhilfeeinrichtungen über Gefahren und Gefährdungen des Rechtsextremismus aufzuklären und vor Ort die Kommunen, Eltern und Betroffene rechter Gewalt zu beraten. Ebenso soll ein überregionaler Informationsaustausch zwischen Initiativen und Bündnissen gegen Rechtsextremismus initiiert und gestärkt werden.

Gleichzeitig wurde eine landesweit zuständige Stelle für Demokratiepädagogik bei der Aktion Kinder und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V., Fachstelle für Prävention eingerichtet. Sie soll demokratiepädagogische Konzepte und Projekte entwickeln und in enger Abstimmung mit dem Institut für Qualitätssicherung an Schulen in Schleswig-Holstein sowie mit den Bildungsträgern im Lande implementieren

### **Kontakt:**

**Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus  
Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein**

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Fon: 0431 / 988-3130

E-Mail: [beranet-sh@im.landsh.de](mailto:beranet-sh@im.landsh.de) und [info@beranet-sh.de](mailto:info@beranet-sh.de)

Homepage: <http://www.beranet-sh.de>

## 6. Begriffserläuterungen

### Rechtsextremismus

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“

*Quelle: Netz-gegen-Nazis*

*<http://www.netz-gegen-nazis.de>*

### Rassismus

*Der Begriff „Rassismus“ ist sehr komplex und schwer abzugrenzen, deshalb bieten wir nachfolgend zwei Definitions-Beispiele an:*

(1) „Rassismus im engeren Sinn bezeichnet eine Ideologie, die Menschen aufgrund physiognomischer oder kultureller Eigenarten oder aufgrund ihrer ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit in angeblich naturgegebene Gruppen - so genannte „Rassen“ mit unterschiedlichen psychischen Eigenschaften - einteilt und diese hierarchisiert. Menschen werden nicht als Individuen, sondern als Mitglieder solcher pseudoverwandtschaftlich definierter Gruppen mit kollektiven, als weit gehend unveränderbar angenommenen Eigenschaften beurteilt und behandelt. Der klassische Rassismus beruht auf falschen Annahmen, diente und dient aber der Rechtfertigung des Kolonialismus, der Sklaverei, der Verbrechen der Nazis oder von Apartheidregimes.“

*Quelle: Eidgenössisches Departement des Innern / <http://www.edi.admin.ch>*

(2) „Rassismus ist [...] nicht „nur“ ein Vorurteil, sondern es müssen damit auch gesellschaftliche Diskriminierungen verbunden sein. Eine Diskriminierung liegt dann vor, wenn Menschen, die einer Minderheit angehören, im Vergleich zu Mitgliedern der Mehrheit weniger Lebenschancen, das heißt weniger Zugang zu Ressourcen und weniger Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft haben. Die Mechanismen, die dies bewirken, können sowohl individueller und interaktioneller als auch struktureller und institutioneller Natur sein.“

*Quelle: Birgit Rommelspacher, „Was ist eigentlich Rassismus?“*

*[www.birgit-rommelspacher.de/pdfs/Was\\_ist\\_Rassismus.pdf](http://www.birgit-rommelspacher.de/pdfs/Was_ist_Rassismus.pdf)*

### Fremdenfeindlichkeit

„Ablehnende und feindselige Haltung gegenüber allem, was gegenüber den vertrauten Lebensumständen als fremd und deshalb bedrohlich empfunden wird. Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität (Ausländerfeindlichkeit), Religion (Antisemitismus) oder Hautfarbe (Rassismus) von der eigenen Umwelt unterscheiden. Sie äußert sich in Ausgrenzung, tätlichen Angriffen, systematischer Vertreibung bis hin zur Ausrottung.“

*Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / <http://www.bpb.de>*

### Interkulturelle Kompetenz

„Die Fähigkeit, effektiv mit Menschen, die über andere kulturelle Hintergründe verfügen, umzugehen und zusammenzuarbeiten, wobei die Effektivität auf beiden Seiten als solche empfunden werden sollte, wird mit interkultureller Kompetenz beschrieben. Wichtig sind dabei die emotionale Kompetenz und die interkulturelle Sensibilität, die es uns erlauben, die Konzepte der Wahrnehmung, des Denkens, Fühlens und Handelns der Fremdkultur bei unserem Handeln zu berücksichtigen. Die eigenen Erfahrungen der interkulturell kompetenten Person werden in diesem Moment zurückgestellt und es besteht die Bereitschaft Stereotype und Vorurteile zu revidieren und Neues zu erlernen. Beispielsweise kann ein Muslim zurückweisend, wenn nicht sogar ängstlich oder mit einem Gefühl des Ekels auf den möglichen Körperkontakt mit Hunden reagieren. Um diese Situation richtig deuten zu können, benötigt man die Fähigkeit, die eigene kulturelle „Brille“ abzusetzen und zu respektieren, dass diese Reaktion darin gründen könnte, dass Hunde im Islam als „unreine“ Tiere gelten.“

*Quelle: Institut für interkulturelle Kompetenz und Didaktik e.V  
<http://www.ikud.de>*

### Ethnozentrismus

„[ethnos = griech.: Volk, Volks-] E. bezeichnet eine politische Einstellung, die die Werte (z. B. Religion) und die Besonderheiten (z. B. Hautfarbe) der eigenen Volksgruppe (Ethnie) über die anderer Völker stellt bzw. zur Bewertungsgrundlage nimmt.“

*Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / <http://www.bpb.de>*



*Wo Informationen fehlen, wachsen die Gerüchte.*

Alberto Moravia (1907 - 1990)

## 7. Weiterführendes Material

### 7.1.1 Neonazis in Gemeindevertretungen

Wie können Kommunalvertreter reagieren, wenn rechtsextreme PolitikerInnen in ihren Gemeindevertretungen sitzen? Was kann im Vorfeld von Kommunalwahlen unternommen werden? Wie können sich Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik vor Ort aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren?

- **Rechts sitzen lassen?! Zum Umgang mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten**  
 Eine Handreichung für Kommunalvertreter in Mecklenburg-Vorpommern  
 RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.)  
[http://www.raa-mv.de/sites/default/files/Rechts-sitzen-lassen\\_o.pdf](http://www.raa-mv.de/sites/default/files/Rechts-sitzen-lassen_o.pdf)
- **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien**  
 mobile beratung gegen rechtsextremismus berlin (mbr)  
<http://www.mbr-berlin.de/materialien/publikationen-handreichungen/auseinandersetzung-mit-rechtsextremismus-in-kommunalen-gremien/>
- **Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus**  
 Dietmar Molthagen, Lorenz Korgel (Hg.), Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2009, <http://library.fes.de/pdf-files/do/o6431.pdf>
- **Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum“**  
 Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V., Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung\\_gemeinsam\\_handeln.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung_gemeinsam_handeln.pdf)

### 7.1.2 Anmietungsversuche

Was tun, wenn Gemeinden oder Städte mit Versuchen von Rechtsextremen konfrontiert sind, Immobilien zu erwerben oder langfristig anzumieten? Wie kann reagiert werden, wenn Neonazis Räume für Veranstaltungen mieten wollen?



- **Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen (2008)**  
 Hg.: MBR Berlin und VDK e.V.  
<http://www.mbr-berlin.de/materialien/publikationen-handreichungen/raumnutzungsvertrag-rechtliche-handhabe-fur-vermieterinnen/>
- **Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen.**  
**Ein Ratgeber für die Gastronomie**  
 Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Hamburg (DeHoGa) und mobile beratung gegen rechtsextremismus berlin (mbr),  
<http://www.hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D175978011.pdf>

### 7.1.3 Vereine und Sport

Was tun, wenn Rechtsextreme in Vereinen und Verbänden aktiv sind? Wie können sich Vereine mit den Themen Demokratie und Menschenrechte auseinandersetzen und was bedeutet „politische Unabhängigkeit“ für den Sport?

- **Vereine & Verbände stark machen – zum Umgang mit Rechtsextremismus im und um den Sport**  
 Deutsche Sportjugend  
[http://www.dsj.de/uploads/media/vereine\\_verbaende\\_stark\\_machen.pdf](http://www.dsj.de/uploads/media/vereine_verbaende_stark_machen.pdf)
- **Im Verein – gegen Vereinnahmung.**  
**Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern**  
 RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.)  
<http://vereinsknowhow.de/kurzinfos/imverein.pdf>
- **Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen.**  
**Ein Ratgeber für den Sport**  
 Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg  
<http://www.hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D166405582.pdf>
- **11 Fragen nach 90 Minuten**  
**Was tun gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball?**  
 Bündnis für Demokratie und Toleranz  
[http://www.buendnis-toleranz.de/cms/dokumente/10028406\\_455550/bd87ec6c/11%20Fragen%20nach%2090%20Minuten.pdf](http://www.buendnis-toleranz.de/cms/dokumente/10028406_455550/bd87ec6c/11%20Fragen%20nach%2090%20Minuten.pdf)

## 7.1.4 Wortergreifungsstrategie

Was tun, wenn Rechtsextreme auf einer Podiumsdiskussion versuchen die Diskussion an sich zu reißen? Was gilt es im Vorfeld bei einer Veranstaltung gegen Rechtsextreme zu bedenken?

› **Handreichung: Wir lassen uns das Wort nicht nehmen!**

**Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen (2006)**

Hg: MBR Berlin und VDK e.V.

[http://www.mbr-berlin.de/rcms\\_repos/attach/2010\\_mbr\\_hr-wort\\_web.pdf](http://www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/2010_mbr_hr-wort_web.pdf)

## 7.1.5 Demonstrationen und Aufmärsche

Wie kann man sich rechtlich auf rechtsextreme Aufmärsche und Demonstrationen vorbereiten?

› **Handbuch Versammlungsrecht**

**Eine praxisorientierte Betrachtung für Veranstalter und Versammlungsleiter**

mobile beratung in thüringen. für demokratie – gegen rechtsextremismus (mobit)

<http://www.bgr-weimar.de/cms/fileadmin/files/Mobit-HeftVersammlG-web.pdf>

› **Wir können sie stoppen - Ein guter Tag für Lübecks Demokraten**

von *Hans-Ernst Böttcher*, bei Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen, verdikt 1.12

<http://bund-laender.verdi.de/fachgruppen/justiz/richter/++co++cf4b7fo6-ofoc-11e3-ba16-525400438ccf>

› **Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus**

Dietmar Molthagen, Lorenz Korgel (Hg.),

Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009.

<http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>

› **Rechtsprechung zu Demonstrationen zügens Rechtsradikaler**

Pressestelle des Verwaltungsgerichts Braunschweig, 12.04.2011.

<http://www.verwaltungsgericht-braunschweig.niedersachsen.de/download/57661>

## 7.1.6 Auseinandersetzung mit rechten Sprüchen

Was tun bei ‚rechten Sprüchen‘ in der Klasse oder dem Jugendclub? Macht es Sinn, mit Rechtsextremen zu diskutieren? Wie kann ich auf Stammtischparolen reagieren?

- **Rechte Sprüche in der Klasse**  
Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (Hg.)  
[http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Broschueren/BroschuerenKrimi/rechteSprueche\\_\\_blob=publicationFile.pdf](http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Broschueren/BroschuerenKrimi/rechteSprueche__blob=publicationFile.pdf)
- **Für Demokratie streiten – Sicher auftreten gegen Rechtsextremismus**  
Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (Hg.)
- **Was tun bei Stammtischparolen**  
Klaus-Peter Hufer, FES  
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50379.pdf>

## 7.1.7 Instrumentalisierung gesellschaftspolitisch relevanter Themen

Was tun wenn rechtsextreme Aktivisten versuchen, ihre menschenfeindliche Haltung in gesellschaftspolitisch umkämpfte Themen wie Debatten über verurteilte Sexualstraftäter oder den Bau von Moscheen einzubringen?

- **Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis**  
Amadeu Antonio Stiftung  
[http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/missbrauch\\_instrumentalisierung.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/missbrauch_instrumentalisierung.pdf)
- **RECHTSPOPULISMUS IN GESTALT EINER „BÜRGERBEWEGUNG“**  
**Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND**  
Arbeitsstelle Neonazismus FH Düsseldorf  
[http://laga-nrw.de/data/expertise\\_rechtspopulismus\\_2010.pdf](http://laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf)
- **Rechtspopulismus in Berlin – Rassismus als Bindeglied zwischen der Mitte der Gesellschaft und Neonazismus**  
Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“  
[http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/images/broschuere\\_rechtspopberlin\\_web.pdf](http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/images/broschuere_rechtspopberlin_web.pdf)

## 7.2 Initiativen und Informationsplattformen im Netz

[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

**Blick nach rechts** – Informationsplattform, die sich dem Kampf gegen den Rechtsextremismus verschrieben hat. Schirmherrin ist die SPD-Abgeordnete Ute Vogt.

[www.netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de)

**Netz gegen Nazis** – Informations- und Diskussionsplattform gegen Rechtsextremismus. Initiiert von der Amadeu Antonio Stiftung und der Zeitung „Die Zeit“.

[www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de)

**Endstation Rechts** – Das Aufklärungsportal gegen Rechtsextremismus ist ein Projekt der Jungsozialisten Mecklenburg-Vorpommern

[www.publikative.org](http://www.publikative.org)

**Publikative.org** – Weblog, das schwerpunktmäßig Rechtsextremismus beobachtet und aus dem „NPD-Blog“ hervorgegangen ist. Ebenfalls unterstützt von der Amadeu Antonio Stiftung.

[www.exit-deutschland.de](http://www.exit-deutschland.de)

**Exit Deutschland** hilft Aussteigern beim Weg aus der rechtsextremistischen Szene. Die Initiative war von einem früheren Polizisten und einem hochrangigen Neonazi-Aussteiger gegründet worden.

[blog.zeit.de/stoerungsmelder](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder)

**Störungsmelder** – Das Weblog Störungsmelder auf „Zeit-Online“ berichtet über Rechtsextremisten - „Wo sie auftreten, was sie sagen und vor allem: Was man gegen sie unternehmen sollte“. Träger sind verschiedene Medien.

[keinbockaufnazis.de](http://keinbockaufnazis.de)

**Kein Bock auf Nazis** – Die Initiative hilft Jugendlichen, sich gegen Rechtsextremismus zu stellen, z. B. durch die Organisation von Konzerten oder Demonstrationen.

[no-nazi.net](http://no-nazi.net)

**no-nazi.net** – Internetseite der Amadeu Antonio Stiftung über Neonazi-Kampagnen im Netz.

[www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)

**Antifaschistisches Pressearchiv** – Der Verein sammelt Publikationen und Informationen über Rechtsextremismus. Er betreibt auch ein Watchblog zur „NSU“ und zum Rechtsterrorismus.

[www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

**Mut gegen rechte Gewalt** – Internet-Plattform gegen Rechtsextremismus, die unter anderem lokale Projekte vorstellt.

[www.dasversteckspiel.de](http://www.dasversteckspiel.de)

**Das Versteckspiel** – Rechtsextreme Einflüsse zeigen sich in Musik, Kleidung, Codes und Symbolen - oft nicht für jeden klar erkennbar. Die Broschüre „Versteckspiel“ klärt auf.

[www.friedenspaedagogik.de](http://www.friedenspaedagogik.de)

Pädagogische Arbeit gegen Rechtsextremismus des Vereins für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

[www.IDAeV.de](http://www.IDAeV.de)

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA)

[www.DIReV.de](http://www.DIReV.de)

Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusbearbeitung in Marburg

[www.fasena.de](http://www.fasena.de)

[www.erziehung-nach-auschwitz.de](http://www.erziehung-nach-auschwitz.de)

Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach Auschwitz

<http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de/>

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf, FORENA

## Internetseiten von Behörden zum Thema Rechtsextremismus

[www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus](http://www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus)

**Hamburg gegen Rechtsextremismus** – Die Stadt Hamburg gibt Tipps, wie man sich verhalten sollte, wenn man mit Rechtsextremismus konfrontiert wird und informiert über Beratungs- und Präventionsangebote.

[www.focus.de/schlagwoerter/themen/r/rechtsextremismus](http://www.focus.de/schlagwoerter/themen/r/rechtsextremismus)

**Rechtsextremismus im Fokus** – Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Rechtsextremismus

[www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de)

**Verein(t) gegen Rechtsextremismus** – Bundesinnenministerium, Sportverbände und weitere Träger der Initiative Verein(t) gegen Rechtsextremismus wollen verhindern, dass Sportveranstaltungen und Vereine von Neonazis unterwandert werden.

## Verfassungsschutzberichte der Bundesländer im Internet

[www.hamburg.de/verfassungsschutz](http://www.hamburg.de/verfassungsschutz)

**Hamburger Verfassungsschutzbericht 2012** – Der Bericht des Verfassungsschutzes analysiert rechtsextremistische Aktivitäten in der Hansestadt.

[www.verfassungsschutz.niedersachsen.de](http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de)

**Niedersachsens Verfassungsschutzbericht 2012** – Der Verfassungsschutz hat in Hannover den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 vorgestellt.

[www.schleswig-holstein.de/.../Verfassungsschutz/Berichte](http://www.schleswig-holstein.de/.../Verfassungsschutz/Berichte)

**Schleswig-Holsteins Verfassungsschutzbericht 2012** – Einschätzungen und Analysen des Verfassungsschutzes Schleswig-Holsteins zur Lage und Gefährlichkeit rechtsextremistischer Initiativen und Tendenzen im Land.

[www.verfassungsschutz.bremen.de](http://www.verfassungsschutz.bremen.de)

**Bremens Verfassungsschutzbericht 2012** – Der Verfassungsschutzbericht 2012 informiert ausführlich über das rechtsextremistische Potenzial in der Hansestadt Bremen. (pdf-Dokument)

[www.verfassungsschutz-mv.de](http://www.verfassungsschutz-mv.de)

**Mecklenburg-Vorpommerns Verfassungsschutzbericht 2011** – Im Nordosten sind Rechtsextremisten gewalttätiger geworden. Der Verfassungsschutz liefert dazu Einschätzungen und Analysen. (pdf-Dokument)

## 8. Kontaktstellen in Schleswig-Holstein

### **Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein**

#### **Düsternbrooker Weg 92**

24105 Kiel

Fon: 0431 - 988-3156

Fax: 0431 - 988-3104

E-Mail: rfk-sh@im.landsh.de

### **Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus**

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Fon: 0431 - 988-3130

E-Mail: beranet-sh@im.landsh.de

### **Regionale Beratungsstellen**

#### **Flensburg**

Stadt Flensburg, Kreise Schleswig-

Flensburg und Nordfriesland

Fon: 0461 - 24743

E-Mail: rbt.flensburg@beranet-sh.de

E-Mail: rbt.kiel@beranet-sh.de

#### **Aktion Kinder- und Jugendschutz**

Landesarbeitsstelle

Schleswig-Holstein e. V.

Holtenuauer Str. 238 | 24106 Kiel

Fon: 0431 26068-78

Fax: 0431 26068-76

E-Mail: info@akjs-sh.de

#### **Lübeck**

Stadt Lübeck, Kreise Ostholstein,

Stormarn, Herzogtum Lauenburg

Fon: 0451 - 798 84 18

E-Mail: rbt.luebeck@beranet-sh.de

#### **Arbeiterwohlfahrt Landesverband**

**Schleswig-Holstein e.V.**

Sibeliusweg 4 | 24109 Kiel

Postanschrift:

Postfach 1265 | 24011 Kiel

Fon: 0431 - 5114-0 | Fax: 0431 - 5114-108

E-Mail: info@awo-sh.de

#### **Itzehoe**

Kreise Steinburg, Dithmarschen,

Pinneberg

Fon: 04821 - 779 60 12

E-Mail: rbt.itzehoe@beranet-sh.de

#### **Kiel**

Stadt Kiel, Stadt Neumünster,

Kreise Rendsburg-Eckernförde,

Segeberg, Plön

Fon: 0431 - 988 - 3136/-3137

Fon: 0431 - 260 68 -72/-73

Fon: 0431 - 511 43 53

#### **Landeszentrale für politische Bildung**

Karolinenweg 1 | 24105 Kiel

Fon: 0431 - 988-1646

Fax: 0431 - 988-1648

E-Mail: lpb&@landtag.ltsh.de

**Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten**

1. Vorsitzende Uta Körby  
Wendlohe 7 | 25355 Lutzhorn  
E-Mail: uta.koerby@t-online.de

**Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein**

Adolf-Westphal-Str. 4 | 24143 Kiel  
Fon: 0431 - 988-0  
Telefax: 0431 - 988-5416  
E-Mail: poststelle@sozmi.landsh.de

**Lokaler Aktionsplan Kiel-Nord**

Dezernat III und Amt für Kultur und Weiterbildung  
Neues Rathaus  
Andreas-Gayk-Straße 31 | 24103 Kiel  
Ansprechpartner: Rainer Pasternak  
Telefon 0431 - 901-3010  
E-Mail: rainer.pasternak@kiel.de

**Lokaler Aktionsplan Kreis Herzogtum Lauenburg**

Barlachstraße 2 | 23909 Ratzeburg  
Ansprechpartnerin:  
Barbara M. Spangemacher  
Fon: 04541 - 888401  
E-Mail: spangemacher@kreis-rz.de

**Lokaler Aktionsplan Lauenburg**

Amtsplatz 6 | 21481 Lauenburg  
Ansprechpartnerin: Friederike Betge  
Fon: 04153 - 5909-104  
www.toleranz-lauenburg.de

**Lokaler Aktionsplan Neustadt**

Rosenstraße 2a  
23730 Neustadt in Holstein  
Fon: 04561 - 619-304  
Fax: 04561 - 619-409  
E-Mail: tfks@neustadt-holstein.de

**Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein – advsh – e.V.**

Zum Brook 4 | 24143 Kiel  
Fon: 0431 - 560277  
E-Mail: info@adv-sh.de

**Verfassungsschutz Schleswig-Holstein**

Düsternbrooker Weg 92 | 24105 Kiel  
Fon: 0431 - 988-3500  
Fax: 0431 - 988-3503  
verfassungsschutz.schleswig-holE-Mail: stein@im.landsh.de

**Landeskriminalamt Schleswig-Holstein**

Mühlenweg 166 | 24116 Kiel  
Fon: 0431 - 160-0  
Fax: 0431 - 160-4118  
E-Mail: kiel.lka@polizei.landsh.de

## 9. Literatur

*Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Handeln (Hg.)*  
**Gemeinsam Handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen.**  
Halle/Saale. 2010.

*Heitmeyer, Wilhelm (Hg.)*  
**Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie.**  
Weinheim/München. Juventa. 1992.

*Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hg.)*  
**Freiheit und Demokratie stärken – Handlungsempfehlungen für Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus.**  
Wiesbaden. 2011.

*Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein. Verfassungsschutzberichte*  
[http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/InnereSicherheit/Verfassungsschutz/Berichte/Berichte\\_node.html](http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/InnereSicherheit/Verfassungsschutz/Berichte/Berichte_node.html)

*Korgel, Lorenz und Molthagen, Dietmar (Hg.)*  
**Handbuch für kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.**  
Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin. 2009.

*Miteinander e.V. / Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hg.)*  
**Streiten mit Neonazis?**  
**Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten der extremen Rechten.**  
3. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Halle/Saale. 2012.

*Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und Verein für Demokratische Kultur e.V. (Hg.)*  
**Handlungsräume**  
3. Auflage. Berlin. 2008.

*Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport. Verfassungsschutz. (Hg.)*  
**Handlungsempfehlungen für Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus.**  
Hannover. 2012.

*Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (Hg.)*

***Rechte Sprüche in der Klasse.***

4. Auflage. Kiel. 2012.

*Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (Hg.)*

***Für Demokratie streiten – Sicher auftreten gegen Rechtsextremismus.***

2. Auflage. Kiel. 2013.

*Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)*

*Mecklenburg Vorpommern (Hg.)*

***Rechts sitzen lassen?!***

2. überarbeitete Auflage. 2010.

*Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)*

*Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.)*

***Im Verein – gegen Vereinnahmung.***

2. Auflage. Neubrandenburg. 2009.

*Schroedter, Elisabeth (Hg.)*

***Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus.***

2. überarbeitete Auflage. Berlin. 2008.

*Schule ohne Rassismus*

***<http://www.schule-ohne-rassismus.org/stadt-ohne-rassismus.html>***

*Verein für Demokratische Kultur e.V. und*

*Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hg.)*

***Wir lassen uns das Wort nicht nehmen***

3. aktualisierte Auflage. Berlin. 2010.

*Verein für Demokratische Kultur e.V. und*

*Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hg.)*

***Rechtsextremismus und Engagement im urbanen Raum***

Tagungsdokumentation. Berlin. 2012.





